

Kein Zwang zum Sprachgendern? Von wegen!

Neben offenem Zwang gibt es einen oftmals einen nicht minder wirkungsvollen informellen Druck zum Sprachgendern oder eine Mischung aus beidem.

Die nachfolgend aufgeführten Beispiele habe ich mehreren der wöchentlich erfolgenden Info-Briefen sowie Artikeln der vierteljährig erscheinenden Sprachnachrichten des VDS (Verein Deutsche Sprache e.V.) entnommen, diese dann ausgewertet und schließlich eigene Bewertungen vorgenommen.

Die hier herausgegriffenen Fälle stehen exemplarisch für viele andere und zeigen zudem eindrucksvoll, in welche Richtung die Entwicklung geht. Wer mehr erfahren will, kann sich gerne an die Bundesgeschäftsstelle des VDS wenden.

Allensbach-Stiftung: Geistiges Klima an Universitäten

Eine repräsentative Umfrage der Allensbach-Stiftung für den Deutschen Hochschulverband und die Konrad-Adenauer-Stiftung hat ergeben, dass sich das geistige Klima deutlich verändert hat: So fühlten sich im Jahr 2021 bereits 40% der Hochschullehrer unter dem Druck eines Meinungsklimas, dass durch formelle wie informelle Vorgaben die Freiheit von Forschung und Lehre eingeschränkt werde. In der vorangegangenen Umfrage aus 2019/2020 sahen dies erst 31% so. Und sogar 47% gaben 2021 an, dass man Ärger bekomme, wenn man sich der sogenannten ‚gendergerechten Sprache‘ verweigere. Schließlich meinten 80% der Befragten, dass es „*erlaubt*“ sein sollte, sich der Gendersprache zu verweigern (vgl. Info-Brief vom 27.11.2021).

Diese Aussagen einschließlich der hohen Prozentwerte sind erschreckend und zeigen in aller Deutlichkeit auf, wie stark der Druck auf jene bereits geworden ist, die sich dem Sprachgendern verweigern wollen: Es herrscht ein Klima der Angst und Unfreiheit, in dessen Folge Wissenschaftler, die den Grundsätzen wissenschaftlicher Redlichkeit treu geblieben sind, aufgrund dessen in ihrer Forschungs- wie Lehr-tätigkeit behindert oder gar ganz daran gehindert werden. Dass 80% der befragten Hochschullehrer angeben, dass eine Verweigerung gegen diesen Genderunsinn doch „*erlaubt*“ sein sollte, spricht Bände: Bedarf es jetzt schon einer Erlaubnis, dass man nach redlichen

wissenschaftlichen Grundsätzen forschen, publizieren und lehren darf?!

Petition: Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS)

Mit einer Petition gegen den Genderzwang an Universitäten – dem sich u.a. der Bundesvorsitzende des VDS, Prof. Walter Krämer sowie die CDU-Bundestagsabgeordneten Christoph Ploß und Philip Amthor angeschlossen haben – bezieht der RCDS klar Position: Man wehre sich mit dieser Petition gegen die fortschreitende Zwangsdurchsetzung einer angeblich gendergerechten Sprache, wodurch Studenten zunehmend angehalten werden, falsches Deutsch zu schreiben (vgl. Info-Brief vom 23.05.2021).

Studentenvertreter sehen sich also mittlerweile gezwungen, sich gegen politisch-ideologischen Unsinn an ihren Universitäten zur Wehr zu setzen, um eine Selbstverständlichkeit wieder zur Geltung zu bringen: Richtiges Deutsch in wissenschaftlichen Arbeiten und Prüfungen zu schreiben, bzw. überhaupt schreiben zu dürfen!

Universität Bremen: Schlechtere Note bei Nichteinhaltung der Gendersprache?

Ein Student sollte einen Notenabzug erhalten, weil er in seinem Referat nicht gegendert hatte und damit eine angeblich ‚*Chauvinistische Sprache*‘ benutzt habe. Dies sorgte dann allerdings für so viel Wirbel, dass der Konrektor der Universität eingriff und eine schlechtere Bewertung gerade noch einmal verhindert werden konnte (vgl. Info-Brief vom 08.10.2021).

Man muss sich dies einmal vorstellen: Ein Student hält ein Referat in korrektem Deutsch und wird dafür nicht nur mit einem Notenabzug von seinem Dozenten bedroht, sondern gar als Nutzer einer angeblich chauvinistischen Sprache beschimpft, ja geradezu beleidigt. Auch wenn in diesem Fall ein Notenabzug gerade noch verhindert wurde, ist dies immer noch ein ungeheurer Skandal. Außerdem muss man über keine hellseherischen Fähigkeiten verfügen, welche akademischen Perspektiven aufrichtige Studenten bei solch ideologisch verblendeten Dozenten haben werden: Prüfungen und Bewertungen dort erbrachter Leistungen können dann eben mit anderen, fragwürdigen Begründungen schlechter ausfallen, die sich dann formal nicht auf die Nichteinhaltung einer angeblich politisch korrekten Sprache beziehen. Der

Spielraum ist da sicher sehr groß und wird wohl auch von Ideologen weidlich ausgenutzt werden. Wer will da noch ernsthaft die Behauptung aufrecht erhalten, dass es sich bei sogenannten ‚Orientierungshilfen zu einer gendergerechten Sprache‘ an Hochschulen lediglich um nicht-verbindliche Vorgaben handeln würde und jeder sich doch wirklich völlig frei auch gegen jenes Neusprech entscheiden könne. Vorgänge, wie der hier beschriebene, sprechen eine nur allzu deutliche Sprache, vor allem hinsichtlich der zu erwartenden zukünftigen Entwicklung, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird.

Universität Kassel will Studenten zum Gendern zwingen

An der Universität Kassel dürfen Studenten nun auch ganz offiziell nicht mehr auf Hilfe hoffen, wenn ein Dozent ihre Prüfungsleistung bei Nichteinhaltung der Genderregeln schlechter bewertet. So heißt es in den Leitlinien der Gleichstellungsstelle: „Im Sinne der Lehrfreiheit steht es Lehrenden grundsätzlich frei, die Verwendung geschlechtergerechter Sprache als ein Kriterium bei der Bewertung von Prüfungsleistungen heranzuziehen.“ Dass dies auch umgehend praktische Auswirkungen hat, wird durch folgendes Beispiel belegt: Ein Student erhielt eine schlechtere Note, weil er nicht gendert hat und beugte sich dann schließlich dem Druck und genderte dann doch.

Mitarbeiter der Uni trauten sich laut der ‚*Hessischen Niedersächsischen Allgemeinen Zeitung*‘ nur zu Interviews bereit, „wenn ihre ÖTöne gendert werden.“ (vgl. Info-Brief vom 04.04.2021).

Es ist also soweit: An der Universität Kassel dürfen laut der eigenen Richtlinien wissenschaftlich korrekt arbeitende Studenten mit schlechteren Noten bestraft werden, wenn sie sich nicht jenen Neusprechregeln unterwerfen, die nachweislich falsches Deutsch beinhalten. Man wird also dafür diskriminiert, dass man richtiges Deutsch verwendet! Das muss man sich einmal vorstellen: An einer deutschen Universität muss man aus rein ideologischen Gründen falsches Deutsch verwenden, damit man keine schlechtere Note erhält, wenn es der Dozent so will. Das wäre genauso, als wenn man im Fach Geographie behaupten müsste, dass die Erde eine Scheibe sei, um eine gute Note zu erhalten. Aber nicht nur Studenten leben in Furcht vor den Sprachwächtern: Nein, auch die Mitarbeiter haben Angst vor negativen Konsequenzen, wenn auch nur der Verdacht besteht, dass sie sich nicht willfährig jenen Ideologen unterwerfen: Sie sind nur dann zu Presseinterviews

bereit, wenn ihre Aussagen in dem angeblich politisch korrekten Neusprech gedruckt werden.

Das alles ist ein ungeheuerlicher Skandal und ein weiterer Schritt in die Unfreiheit sowie Unvernunft an genau jenem Ort, welcher doch Hort des glatten Gegenteils sein sollte. Aber sobald verbissene wie unbelehrbare Ideologen erst einmal an den Hebeln der Macht sitzen, nutzen sie jene eben auch knallhart aus und das nicht zum ersten Mal in der deutschen Geschichte!

Gendern und Cancel Culture an deutschen Hochschulen

Der Begriff ‚*Cancel Culture*‘ heißt in Deutsche übersetzt ‚*Absage oder Löschkultur*‘ und trifft damit den Kern jenes Anliegens: Was nicht angemessen im Sinne der politisch-korrekten Ideologie ist, soll gar nicht erst in Erscheinung treten, sondern von Beginn an zum Verstummen gebracht werden. Es handelt sich dabei um eine Unterdrückungskultur, die jede noch so gut begründete Kritik nicht nur als feindselig bewertet, sondern auch als moralisch verwerflich, so dass dadurch eben jene diskussionslose Löschung abweichender Meinungen gerechtfertigt sei.

Nachfolgend zitiere ich aus dem VDS Info-Brief vom 18.04.2021:

„Der Druck, sich politisch korrekt zu verhalten, wird größer – an vielen Hochschulen.“ Zu diesem Schluss kommen die Autoren Ricarda Breyton und Nikolaus Doll in der Zeitung ‚*Die Welt*‘.

Meinungskonformität breite sich an den Unis aus, so Breyton und Doll, die Intoleranz gegenüber anderen Auffassungen nehme zu –die Freiheit der Forschung sei in Gefahr. Einwände gelten von vornherein als feindselige Kritik. Eine moralische Überlegenheit derer, die Cancel Culture betreiben, breite sich aus. Einige Themenfelder seien mittlerweile so „vermint“, dass Dozenten und Studenten sie meiden. Doch gegen das Unwesen einer Unterdrückung freier Meinung regt sich Widerstand. Liberale und CDU-nahe Studentenvertretungen machen ihrem Ärger Luft, verfassen offene Briefe an die Universitätsverwaltungen. Das neu gegründete Netzwerk Wissenschaftsfreiheit setzt sich für ein freiheitliches Wissenschaftsklima ein. Prof. Andreas Rödder von der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz stellt den wissenschaftlichen Diskurs in den Vordergrund: „Wir wollen, dass alle Fragen wissenschaftlich diskutiert werden. Personen, die anderen den

Mund verbieten wollen, müssen mit einer Gegenhaltung rechnen.“
Ende des Zitates.

Berlin: Gender-Zwang an Grundschulen

Dass es für Gender-Gegner bereits heutzutage schon weitaus ungemütlicher werden kann, als gerade eben beschrieben, zeigt das Bundesland Berlin. Ich zitiere nachfolgend aus dem VDS Info-Brief vom 14.08.2021 mit Verweis auf einen Artikel in der Zeitung *Welt*: „Eine Lehrerin berichtet in der *Welt* von Gendervorgaben an Berliner Grundschulen. Als Referendarin wurde sie angehalten, Arbeitsblätter für ihre Schüler sowie Studienarbeiten zu gendern, andernfalls wurde mit dem Durchfallen gedroht, heißt es. Sie habe sich daher immer umstellen müssen, sobald Ausbilder in den Unterricht kamen: Ein unbeschwertes Unterrichten der Kinder sei so nicht möglich. Zumal die Kinder sich jedes Mal neu anpassen müssen, wenn sie eine Sprache spricht und schreibt, die ihnen im alltäglichen Leben „total unbekannt“ sei. Der Druck auf sie sei immens gewesen, die Anweisungen seien nicht diskutabel, hieß es von den Seminarleitern. Die Berliner Senatsverwaltung teilte auf Anfrage mit, die Seminarleiter hätten sich an die Geschäftsordnung des Landes zu halten, welche die sprachliche Gleichbehandlung von Mann und Frau vorsieht. Dazu gehörten geschlechtsneutrale Begriffe oder die Nennung beider Geschlechter. Zu der Frage, wie es sich mit der Androhung, durch die Abschlussprüfung zu fallen, verhält, äußerte sich der Senatssprecher nicht. Die Lehrerin bemängelt zudem, dass sich das Gendern nicht in der Lebensrealität der Kinder wiederfinde – diese hätten ganz andere Probleme.“ Ende des Zitates.

An dem oben geschilderten Fall einer Referendarin für das Lehramt wird ein weiteres Mal deutlich, wie die Genderideologen mit jemandem verfahren, der es auch nur im Geringsten wagt, sich ihnen zu widersetzen: Es wird schlicht mit dem Durchfallen durch die staatliche Prüfung und damit dem beruflichen Aus gedroht. Basta! Alle Argumente dieser jungen, engagierten Lehrkraft hinsichtlich der Probleme, welche die Gendersprache für ihre Schüler bedeute, bleiben einfach unberücksichtigt. Es ist den links-grünen Politikern, die in Berlin nun einmal das Sagen haben, völlig egal. Der Durchsetzung ihrer ideologischen Vorstellungen muss alles andere untergeordnet

werden, egal zu welchem Preis. Wer sich nicht fügt, wird schon vor Beginn seiner Laufbahn als Lehrer gnadenlos aussortiert!

VDS Sprachnachrichten Nr. 106 (II/2025), Seite 47, Zwischenruf: Mein erstes Genderzwang-Erlebnis

Vor knapp zwei Jahren fragten mich zwei in der Spieleszene Medienaktive, ob ich zu ihrem ‚Handbuch Brettspiele – Tätigkeiten und Akteure in der Brettspielbranche‘ im Verlag Springer Nature einen Beitrag mit dem Titel ‚Autorenschaft: Entwicklung, Vernetzungen, Konstitutionen, Fortbildungen‘ leisten wolle. Als Honorar war ein Belegexemplar (VK-Preis: 99 Euro) versprochen. Ich sagte zu. Im Laufe der Erstellung kamen mir Zweifel und ich fragte nach, ob denn gegendert würde, was man verneinte. Als ich dann meinen Beitrag einreichte, wurde er ‚lektoriert‘, was vor allem bedeutete, dass er massiv gegendert wurde. Auf meine Entgegnung, dass ich damit nicht einverstanden wäre und dass dies nicht abgemacht gewesen wäre, entgegnete man mir, dass ja keine Gendersonderzeichen (*, :, – , o ä) verwendet worden wären. Was stimmt. Aber ich hatte in einem 2.500 Wörter umfassenden Text 25 Doppelnennungen 13 Umschreibungen hinzunehmen. Fast durchgehend wurden aus ‚Autoren‘ ‚Autorinnen und Autoren‘, einige Male fügte man auch im Singular die Doppelnennung hinzu. Auch die ‚Spielerinnen‘ mussten natürlich erwähnt werden.

Einige Male wählte man Umschreibungen, die stets unpräzise bzw. falsch sind. Aus Autoren wurden ‚Kreative‘, ein viel allgemeinerer Begriff, aus Redakteuren wurden ‚Redaktionsmitglieder‘, eine Formulierung, die unter den Tisch schlägt, dass es sehr wohl Redakteure gibt, die keiner Redaktion angehören, sei es, dass sie allein zuständig in einem Verlag sind, sei es, dass sie als freie Redakteure tätig sind. Einmal sind Verlagsredakteure auch zu ‚redaktionell tätigen Personen‘ mutiert. Gestelzte Wortakrobatik ist ein gern gezahlter Preis der Tugendwächter. Statt Journalisten sind hier ‚Medienschaffende‘ am Werk, eine mir unsympathische Wortwahl und zugleich unzutreffende Gleichsetzung. Dreimal wurde auch ‚Autor‘ getilgt und durch ‚Person‘ bzw. ‚Persönlichkeit‘ ersetzt. Dass hier zwei unterschiedliche ‚Übersetzungen‘ verwendet wurden, zeugt ganz besonders von dem sehr nachlässigen Umgang mit der Sprache, als ob Person mit Persönlichkeit gleichzusetzen wäre! Aus Teilnehmern wurden ‚Teilnehmen-

de‘, was auch nicht korrekt ist, denn die Veranstaltung liegt in der Vergangenheit. Aber ‚die teilgenommen Habenden‘ ist natürlich erst recht keine Lösung für dieses Scheinproblem.

Es versteht sich (leider) von selbst, dass keine dieser Bearbeitungen inhaltlich gerechtfertigt ist, da das biologische Geschlecht aller Erwähnten völlig irrelevant ist und in keinem Zusammenhang zu meinen Aussagen steht. Zugleich muss der Leser im Kopf rückübersetzen, um den Text richtig zu verstehen. Man nimmt dabei in Kauf, dass Bedeutungsnuancen unter den Tisch fallen.

Ich habe dann zugestimmt, damit meine Arbeit nicht für die Katz war und konnte immerhin nach langen Verhandlungen folgende

Vorbemerkung durchsetzen:

„Die Doppelnennungen von ‚Autorin und Autor‘, Partizipialkonstruktionen und genderbegründet Umschreibungen wurden nicht vom Verfasser des Textes formuliert, sondern durch das einheitliche Lektorat des Buches vorgegeben. Dieses nimmt er in Kauf, damit der Text erscheinen kann.“

Das ‚einheitliche Lektorat‘ umschreibt hier wie immer die ideologische Ausprägung, die der Zeitgeist derzeit einfordert. Es ist genauso unehrlich wie all die Leitfäden, die nie als verbindlich deklariert werden, sondern angeblich nur ‚Empfehlungen‘ aussprechen, sich dann aber als Vorschrift erweisen.

Als Resonanz auf die Veröffentlichung dieser Vorbemerkung fing ich mir meine erste Hassnachricht ein. Eine anonyme ‚Beate‘ unterstellt mir, dass ich den Erhalt der deutschen Sprach nur als Vorwand nähme, vielmehr zeige sich darin, der „Sexismus, patriarchale Denkstrukturen und Angst um Machtverlust“ vieler Männer. Sie wünscht mir, dass ich noch oft „zum Gendern gezwungen werde“.

Auch hier zeigt sich wieder, dass die aufrichtige Diskussion gescheut wird. Gegen anonyme Bezeichnungen und Unterstellungen kann man sich halt nicht verteidigen.

Ich bin mir bewusst, dass andere noch viel härter betroffen sind, unter Umständen existenziell. Ich will hier bloß einen kleinen, aber authentischen Beitrag dazu leisten, um die Mär, dass niemand zum Gendern gezwungen würde, nachvollziehbar als falsch entlarven.

Christwart Conrad

Ein weiteres Beispiel aus dem Info-Brief vom 17.01.2025:

Kritik am Gendern nicht geduldet

„Ohne mit der Wimper zu zucken“ beendete eine Volkshochschule in Baden-Württemberg die Zusammenarbeit mit ihrem Gitarrenlehrer Hans Gadamer, nachdem dieser es gewagt hatte, die Genderschreibweisen im Text zur Ankündigung seines Kurses in Frage zu stellen.

„Wir haben zur Kenntnis genommen, dass Sie unsere Verwendung von geschlechtergerechter Sprache explizit ablehnen. Auch wenn wir Ihre Meinung und die Meinungsfreiheit selbstverständlich respektieren, möchten wir sicherstellen, dass potenzielle Diskussionen zu diesem Thema nicht in unsere Kurse im Bereich Kultur und Gestalten einfließen. Gerade in einem Gitarrenkurs sollten der Fokus und die Energie allein der Musik gewidmet sein und nicht von weltanschaulichen Fragestellungen überschattet werden“, zitiert Gadamer aus dem Brief der VHS-Leitung. Gadamers Verwunderung ist berechtigt, dass die VHS-Leitung den Widerspruch in ihrer Haltung nicht selbst sieht. Ideologie schlägt geltende Rechtschreibung und Grammatik – und wer auf Widersprüche hinweist, muss gehen. (tichyseinblick.de)

Noch ein Beispiel aus dem Info-Brief vom 18.07.2025:

Kein Gendern? Kündigung!

Von wegen „Es wird niemand gezwungen“: Wer nicht gendert, muss mit Konsequenzen rechnen. Das hat jetzt auch eine Frau erfahren, die als pädagogische Fachkraft in einer Einrichtung der Lebenshilfe einen gegenderten Arbeitsvertrag vorgelegt bekam. Sie strich die Genderformen heraus, schickte den Vertrag zurück und trat ihre neue Arbeitsstelle an. Nach einer Woche habe sie einen Anruf von der Personalabteilung erhalten. „Man erklärte ihr, Gendersprache sei zwar ‚nicht gesetzlich geregelt‘, es bestehe aber eine ‚moralische Verpflichtung‘ zum Gendern“, heißt es in der Pressemitteilung des Online-Portals stoppt-gendern.de, das von dem Fall erfahren hat. Die Frau habe schriftlich nachgefragt, ob sie mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen müsse, das wurde verneint. Wenige Tage später habe sie die Kündigung bekommen. Sabine Mertens, Organisatorin der stoppt-gendern.de-Plattform und Vorstandsmitglied im VDS, sammelt Vorfälle dieser Art, auch dieser Fall werde geprüft. Die betroffene Frau will juristisch nicht gegen ihre Kündigung vorgehen, obwohl es sich laut Mertens um eine Diskriminierung

handle, sie habe mittlerweile eine neue Stelle. Generell würden sich aber viele nicht gegen eine Genderpflicht wehren, so Mertens: „Viele Leute haben Angst und brauchen ihren Job, es geht ja um die eigene Existenz, die auf dem Spiel steht.“ (berliner-zeitung.de)

Und noch ein Beispiel aus dem Info-Brief vom 31.08.:

Genderzwang beim Bundesamt

Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie mit Sitz in Hamburg ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr. Dort beschäftigt man sich mit Schifffahrt, Meeresschutz, Windenergie und Meeresdaten. Wer die Netzseite besucht, findet dort keine Gendersternchen, es werden stellenweise Doppelformen verwendet. In Pressemitteilungen ist von „Piloten und Technikern“ die Rede.

Aber: Eine Mitarbeiterin wurde Anfang des Jahres zunächst abgemahnt und schließlich entlassen, weil sie sich weigerte, einen Schriftsatz zum Themenbereich Strahlenschutz durchgehend gendersprachlich umzuschreiben. Die Mitarbeiterin reichte dagegen Klage ein und hat (auch mit Unterstützung des VDS) nun gewonnen: Das Gericht erklärte sowohl die Abmahnungen als auch die Kündigung für unrechtmäßig.

Prof. Walter Krämer, Vorsitzender des Vereins Deutsche Sprache, freut sich über die Urteile: „Leider wurde in der Urteilsbegründung das Gendern nicht explizit erwähnt, obwohl es die Grundlage für diese Farce war. Dennoch wurden den Abmahnungen und der Kündigung ein Riegel vorgeschoben und die Klägerin konnte nicht zum Gendern gezwungen werden.“ Es sei wichtig, dass sich Angestellte oder Beamte nicht alles bieten lassen und für ihr Recht auf korrekte und rechtsverbindliche Sprache eintreten.

Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig. (vds-ev.de)

Und noch ein Beispiel aus dem Info-Brief vom 20.09.2025:

Gendern für den Aktienkurs

Wie in vielen Unternehmen in Deutschland gibt es auch beim Technologiekonzern SAP einen Genderleitfaden. Offiziell handelt es sich dabei um nicht verpflichtende Empfehlungen mit dem Ziel, „so inklusiv wie möglich“ zu kommunizieren. Demnach sollen in englischen Texten geschlechtsbezogene Begriffe vermieden werden; statt

„he“ oder „she“ empfiehlt SAP das „singular they“. Bei deutschen Personenbezeichnungen soll besser der Doppelpunkt im Wortinneren stehen. Ein Mitarbeiter des Unternehmens kommt nun in der *Berliner Zeitung* zu Wort und berichtet, dass die Genderregeln Anpassungsdruck und Sprachzwang zur Folge hätten, dem sich kein Mitarbeiter entziehen könne. „Die Äußerung offener Kritik bleibt eine Ausnahme, weil die Sorge vor beruflichen Konsequenzen groß ist“, so der Mitarbeiter, der in dem Beitrag anonym bleibt und „Elias P.“ genannt wird. „Die Sprache, die eigentlich verbinden soll, wird zum trennenden Marker, an dem Loyalität gemessen wird“, so Elias P. Er schildert den Eindruck, dass die Genderregeln bei SAP lediglich der Außenwirkung dienen. „Die 180-Grad-Wende wäre kein Problem, wenn sie dem Aktienkurs dient“, so der SAP-Mitarbeiter. (berliner-zeitung.de)

Wer nach all diesen Beispielen noch behaupten will, dass in Deutschland niemand zum Sprachgendern gezwungen oder zumindest mehr oder minder stark genötigt wird, der verschließt ganz fest die Augen vor der Realität und verkennet vor allem die sich abzeichnende Entwicklung, wenn sich die Mehrheit nicht gegen jene verbohrt, aber oftmals sehr machtvolle kleiner Gruppe der Sprachgenderideologen zur Wehr setzt!

Kontakt: Dr. Hans-Dieter Bottke, Idar-Oberstein, info@drbottke.de